

Kommentar: Der politische Diskurs geht an den Problemen vorbei

Die bis dato existierenden Gesetzesentwürfe und die im Zusammenhang mit der Drogenproblematik gemachten Aussagen von Politikern behandeln die Problematik nur unzureichend, fast ausschliesslich beschäftigt man sich mit der Regulierung und Eindämmung der verbotenen Substanzen. Den lebensbedrohlichen Rahmenbedingungen, welche sich die Drogenstichtigen am Rand unserer Gesellschaft aussetzen, schenkt man politisch kaum Beachtung. Mit tödlichen Viren (Hepatitis C, Aids) verunreinigte Spritzen, mit allerlei Zusätzen und Giften gestreckte Stoffe und permanente Stressfaktoren wie die Beschaffungskriminalität belasten den Heroinsüchtigen und sein soziales Umfeld weit aus mehr als der Konsum der verbotenen Substanz.

In den Hintergrund tritt auch, dass der Missbrauch von Drogen ein akzeptiertes gesellschaftliches Phänomen darstellt, wenn es sich um die Substanzen Alkohol und Tabak handelt. Dabei sind die wirtschaftlichen und psychosozialen Schäden, wie sie durch den übermässigen Konsum von Alkohol (und Tabak) verursacht werden,

weitaus höher zu bewerten, als die durch den Konsum von illegalen Drogen hervorgerufenen. Die unzähligen, folgeschweren oder tödlichen Verkehrsunfälle, die unter der Rubrik „Alkohol am Steuer“ rangieren, und die hohe Zahl an schwerwiegenden Organkrankheiten mit all ihren Folgekosten (medizinische Versorgung; Arbeitsausfall, drastische Verringerung der Lebenszeit) werden aus der Drogendiskussion ausgeklammert. Ganz zu schweigen von den unzähligen von Gewalt begleiteten Familiendramen, deren Leidtragende in der Regel die Kinder sind.

Die Lösungsansätze unserer Politiker aber lassen diese Dimensionen der Drogenproblematik ausser acht.

Sackgasse „Entpenalisierung“?

Stattdessen redet man mit Vorliebe von einer „progressiven Entpenalisierung“ der Drogensucht und will im ersten Schritt, die Haftstrafen heruntersetzen. Die gesetzliche Neuausrichtung soll verdeutlichen, dass der Drogenstichtige als

Der Missbrauch von Drogen stellt ein akzeptiertes gesellschaftliches Phänomen dar, wenn es sich um die Substanzen Alkohol und Tabak handelt.

Paradoxerweise scheint der Luxemburger Staat den aufblühenden Handel mit "weichen" Drogen an unseren Schulen zu tolerieren.

Krank zu sehen ist. „Der Gefängnisarrest reagiert nicht angemessen auf die Problematik des Süchtigen“, so die Stellungnahme eines sich engagierenden Politikers. Schwer verständlich warum der neue Gesetzesentwurf immer noch (wenn auch geringere) Haftstrafen für den Konsum von illegalen Drogen vorsieht.

Tabuthema „Entkriminalisierung“

Mit dem Konzept der „Entkriminalisierung“ könnten Belastungsmomente wie z.B. Beschaffungskriminalität und/oder für den Erwerb der Droge notwendige Szenenbesuch eingedämmt werden. In seiner konsequentesten Form bekommt der Süchtige seine Droge (Heroin) kontrolliert verabreicht. Derartige Projekte reduzieren die verabreichte Dosis progressiv bis der Süchtige gelernt hat, ein Leben ohne die verbotene Substanz zu führen. Die Mitglieder der parlamentarischen Drogenkommission sind aber zur Zeit nicht bereit die Inhalte vergleichbarer Konzepte zu prüfen.

Unzureichende Hilfsangebote

Kritikpunkte von Betroffenen und ihren Angehörigen sind auch immer wieder die in Luxemburg bestehenden Hilfeleistungen. Den Aussagen zufolge tun sich die in der sozialen Arbeit tätigen Fachkräfte schwer, umfassend Hilfsangebote bereitzustellen. Selbst die Verknüpfung oder Vernetzung sich ergänzender Hilfsangebote scheint nur unzulänglich zu funktionieren und das obwohl der geographische Rahmen überschaubar und begrenzt ist.

Freigabe von Kanabis und seinen Derivaten

Die „weichen“ Drogen sorgen auch weiterhin für heftige, dogmatische, aber inhaltlose Dis-

kussionen. Die Politik ihrerseits, behandelt das Thema fachlich distanziert. Der von vielen als harmlos angesehen Stoff bleibt weiterhin verboten - Luxemburg dürfe sich, als kleines regionales Zentrum mit grossem Einzugsgebiet, nicht dem diesbezüglichem Beschaffungsansturm aussetzen. Paradoxerweise scheint der Luxemburger Staat den aufblühenden Handel mit diesen Substanzen zu tolerieren. In unseren Schulen nimmt der Handel mit verbotenen Substanzen beunruhigende Dimensionen und Formen an. Die Politik sollte sich in aller Ernsthaftigkeit fragen, wie sie in Zukunft gedenkt, diesem Widerspruch Rechnung zu tragen. Vor dem Hintergrund sogenannter „weicher“ Drogen scheint dieses kaum relevant, doch für „Jungdealer“ stellt der Handel mit den Derivaten auch Geschäftsgrundlage und Erfahrungsschatz für den lukrativen Handel mit den harten Drogen dar.

Zielsetzungen klarer formulieren!

Effiziente Drogenpolitik kommt nicht umhin, sich die Frage zu stellen, was man mit einer neuen Gesetzgebung eigentlich erreichen möchte.

- Wenn es gewünscht wird, den Handel mit den verbotenen Stoffen einzuschränken, dann muss der Besitz von entsprechenden Mengen und deren Verkauf schwer bestraft werden. Damit die erwünschte Wirkung erzielt wird, müssen für die Umsetzung und Durchführung repressiver Massnahmen entsprechende finanzielle Mittel bereit stehen.

- Eine andere Möglichkeit den Handel zu untergraben, besteht darin, das Angebot der gefragten Substanzen zu erhöhen – z.B. durch die staatlich kontrollierte Abgabe des Suchtstoffes an den Kranken.

- Entscheiden wir uns, die gesundheitlichen Risiken, denen sich die Drogensüchtigen aussetzen müssen, zu senken, sollte über die Abgabe von Spritzen und die Einrichtung geeigneter Räumlichkeiten diskutiert werden.

- Sind sich die politischen Akteure einig, den Drogensüchtigen als Kranken anzusehen, dürfen für den alleinigen Konsum von Drogen keine Gefängnisstrafen verhängt werden.

Auch in Bezug auf die Hilfestrukturen besteht noch etlicher Handlungsbedarf. Mit dem ASFT-Gesetz wurde ein Grundstein gelegt, der eigentliche Überbau bleibt noch zu leisten. Die Wildwüchsigkeit, die Unverbindlichkeit der Konzepte und die mangelhafte Transparenz der angebotenen Dienstleistungen führen dazu, dass den Bedürftigen nur in beschränkter Mass Hilfe zukommt.

Jean-Marie Wagner
Diplompädagoge

Pessin
in: Le Monde

